

Beschlussprotokoll vom 15.11.2023

Ausschuss „SOZIALES, BILDUNG, JUGEND, KULTUR, GESUNDHEIT, INNERES, SICHERHEIT“ (Beirat Neustadt)

als öffentliche Präsenzsitzung (Nr. 02/23-27) in der Aula der Wilhelm-Kaisen-Oberschule, Valckenburghstraße 1-3, 28201 Bremen in der Zeit von 18:30 Uhr bis 20:50 Uhr

Anwesend: Erdem Akkaya, Wolfgang Bielenberg, Jens Oppermann (i.V.), Kai Stührenberg, Martina Tallgauer-Bolte (ab 18:42 Uhr)

beratend: Britta Schmidt (BM, FDP), Colin Nolte (BM, BD)

Fehlend: Udo Schmitz (e), Marlin Meier, Tim Kliemann

Referent:innen: Frau Biermann (Senatorin für Kinder und Bildung), Frau Grohnert (Senatskanzlei)

Gäste: Antragsteller:innen für Globalmittel und interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Uwe Martin

Protokoll: Fionn Heinemann (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Abkürzungen: BM = Beiratsmitglied, BS = Beiratssprecher:in, OAL = Ortsamtsleitung, FA = Fachausschuss

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung wird genehmigt. (einstimmig)

TOP 2. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 24.08.2023 (Nr. 01/23-27)

Beschluss: Der Protokollentwurf wird ohne Änderungen genehmigt. (einstimmig bei einer Enthaltung)

TOP 3. Bürger:innenanliegen

a) Hinweisschild Lobsienstraße

Der antragstellende Bürger schlägt vor, unter den Straßenschildern (ein Schild an der Einmündung in die Thedinghauser Str. und eines an der Einmündung zur Theodor-Storm-Str.) ein zusätzliches Schild anzubringen und dieses mit einer kurzen Erläuterung zu versehen.

Der Ortsamtsleiter verweist hierzu auf den Hintergrund, dass Lobsien Mitglied des nationalsozialistischen Eutiner Dichterkreises gewesen sei. (siehe [Wikipedia-Artikel](#) zu Wilhelm Lobsien: „Lobsiens Erzählungen waren bereits früh von starkem Patriotismus und nationaler Gesinnung des Autors geprägt. Während des Dritten Reiches war er Mitglied des nationalsozialistischen „Eutiner Dichterkreises“; 1948 setzten die Behörden in der Sowjetzone sein 1929 erschienenes Werk Jürgen Wullenweber auf die „Liste der auszusondernden Literatur.“)

Da hierzu weiterer Beratungsbedarf seitens der Grünen angemeldet wurde und kein FA-Mitglied der Fraktion anwesend ist, wird die weitere Diskussion zum Tagesordnungspunkt auf die kommende FA-Sitzung vertagt.

TOP 4. Berichterstattung zum Statusbericht III

Frau Biermann weist eingangs darauf hin, dass die erforderlichen Daten zum Statusbericht III noch nicht ausgewertet werden konnten und die Zahlen im Rahmen der Power-Point-Präsentation daher anhand des Stichtags 02.10.2023 vorgestellt werden.

Auf Rückfragen bezüglich zunehmenden Personalmangels, Personalakquise und Verbesserung der Ausbildungssituation erläutert Frau Biermann, dass die Ausbildungskapazitäten heraufgesetzt wurden. Jedoch würden die positiven Folgen hiervon erst später sichtbar werden. Zu weiteren Nachfragen könnte die dafür zuständige Referentin detaillierter Informationen geben

TOP 5. Vorstellung zu Möglichkeiten der Jugendbeteiligung in der Neustadt

Die Vertreterin der Senatskanzlei stellen das Thema anhand einer [Präsentation](#) vor.

Anschließend erklärt Frau Grohnert, dass es sich bei der heutigen Vorstellung zunächst um allgemeine Informationen handelt, mit der sie auf die bestehenden Möglichkeiten hinweisen und hierfür werben möchte.

Für den Fall, dass der Beirat einen entsprechenden Beschluss fasst, empfiehlt sie, im Rahmen einer Beiratssitzung das weitere Vorgehen im Detail zu erörtern. Bei der Gründung und in der Anfangsphase wird Hilfe seitens Frau Grohnert und Frau Gruber von der Senatskanzlei angeboten. Formal ist anschließend das Ortsamt für die Begleitung der Jugendforen verantwortlich. Zudem wird in der Regel eine externe Person (z.B. aus der Offenen Jugendarbeit) im Rahmen einer Übungsleiterposition beauftragt, welche aus Globalmitteln des Beirates finanziert wird. Die thematische Einbindung von Jugendlichen liegt in der Verantwortung der Beiratsmitglieder.

Außerdem weist Frau Grohnert darauf hin, dass für Jugendforen und Jugendbeiräte auch Jugendglobalmittel zur Verfügung gestellt werden, die dann in Zusammenarbeit mit dem Ortsamt gesteuert werden.

TOP 6. Einrichtung einer barrierefreien Bademöglichkeit am Werdersee

Zum TOP liegt ein [Beschlussvorschlag](#) der Fraktion DIE LINKE vor, welcher zunächst vorgestellt wird.

Jens Oppermann (SPD) äußert Bedenken hinsichtlich des Antrages, da die angedachte Stelle nicht im Bereich der Badestelle liegt. Zudem sei in der Vergangenheit von der Stadt verdeutlicht worden, dass es keine weiteren Badestellen geben werde. Dies hänge auch mit Haftungsfragen zusammen. Zudem handle es sich um ein fließendes Gewässer. Zur Prüfung des Antrages sollte zunächst die DLRG, der Deichverband und der Landesbehindertenbeauftragte einbezogen werden.

Wolfgang Bielenberg (DIE LINKE) erwidert, dass sich die angedachte Stelle in unmittelbarer Nähe zur Badestelle befinde und bei der Planung eine Person mit entsprechendem Handicap einbezogen wurde. Zudem sei der Antrag so formuliert, dass für die weitere Planung und Umsetzung alle relevanten Stellen (unter anderem der Landesbehindertenbeauftragte) mit einbezogen werden sollen.

Zunächst wird anschließend über den Änderungsantrag von Jens Oppermann abgestimmt, den Beschluss in einen Prüfauftrag umzuwandeln. (1 Ja-Stimme, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Nachdem der Änderungsantrag abgelehnt wurde, wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss: Der Beirat Neustadt fordert die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf, eine barrierefreie Bademöglichkeit für Schwerbehinderte am Werdersee zu schaffen und dabei die Zusammenarbeit mit dem Landesbehindertenbeauftragten und dem Portal „Bremen barrierefrei“ zu suchen. Zu der Bademöglichkeit gehören - eine Behindertentoilette mit geeigneter Umkleidemöglichkeit - ein Strandrollstuhl (der in der Behindertentoilette geparkt wird) - eine Rampe mit Geländern - der gepflasterte barrierefreie Zugang (Zufahrt) zur Rampe.

Begründung: Der Europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit von 2019 formuliert das Ziel der Barrierefreiheit als Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Die Bundesregierung wird zur Umsetzung der Richtlinien in nationales Recht aufgefordert. Diese darf sich nicht auf öffentliche Dienstleistungen wie öffentliche Verkehrsmittel, Bank- und Online-Geschäfte beschränken.

Die konkrete Umsetzung der Barrierefreiheit obliegt den Kommunen. Gerade vor dem Hintergrund der immer wärmer werdenden Sommermonate würde eine Bademöglichkeit für Schwerbehinderte deren Lebens- und Freizeitqualität erhöhen und der Stadtgemeinde gut zu Gesicht stehen. Die Einrichtung könnte als Beispiel für weitere Bremer Seen dienen. Als geeigneten Standort schlagen wir den Bereich nahe der DLRG-Station am Badestrand Werdersee vor. Zur DLRG-Station führt bereits eine befestigte Zuwegung. Im nahen Toilettengebäude befindet sich eine Behindertentoilette mit Nebenraum, der eventuell erweitert werden müsste. Eine Rampe könnte parallel zu der bestehenden Gleisrampe der DLRG gebaut werden. (einstimmig, bei einer Enthaltung)

Britta Schmidt (FDP) bittet darum, ins Protokoll aufzunehmen, dass die FDP den Antrag begrüßt.

TOP 7. Bericht zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Die OAL verweist auf die Diskussionsveranstaltung zur Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik für die Offene Kinder- und Jugendarbeit am 08.12.2023, zu welcher die Beiratsmitglieder mit der E-Mail des Ortsamtes vom 10.11.2023 eingeladen wurden.

Jens Oppermann berichtet vom Controllingausschuss und bittet um Feedback aus dem Beirat zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit für das kommende Jahr. Um zum Mittelverteilungsvorschlag Stellung zu nehmen, sollte sich der Beirat hierzu weiter austauschen.

Wolfgang Bielenberg (DIE LINKE) spricht sich dafür aus, dass der Beirat weiterhin bei den Forderungen nach Erhöhungen bleiben sollte (entsprechend dem [Beschluss](#) vom 28.09.).

Die OAL schlägt vor, das Thema mit in die Fraktionen zu nehmen und dann im Koordinierungsausschuss zu besprechen, inwieweit es vom Beirat weiter behandelt wird.

TOP 8. Beschlussfassung zu Globalmittelanträgen:

- a) Antrag Living Word Ministries Bremen e.V., Anschaffung Mikrofone, Musikinstrument und Technik zum Aufbau eines Jugend-Gospel-Chors, (Antragssumme: 1.194,50 € (Nr.18/2023))**

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt Living Word Ministries Bremen e.V. 1.194,50 € aus seinen Globalmitteln für die Anschaffung von Mikrofonen, Musikinstrumenten und Technik zum Aufbau eines Jugend-Gospel-Chors zur Verfügung (einstimmig)

Auch die FDP und BD begrüßen die Bewilligung von Mitteln für das Projekt.

- b) Antrag TanzRAUM Nord gUG, Projekt: UN-Zeiten Transformationsprozesse zwischen Bremen und Durban“, (Antragssumme: 3.000,00 € (Nr.27/2023))**

Nach Vorstellung des Projektes werden von einigen FA-Mitgliedern Fragen hinsichtlich der Finanzierung des Projektes aufgeworfen, da ein vorzeitiger Maßnahmebeginn bewilligt und das Vorhaben dementsprechend bereits durchgeführt wurde. Außerdem wird der Bezug zur Neustadt (Stadtteilbezug) in Frage gestellt.

Zu Finanzierungsdetails verweist die Vertreterin des Projektes, Frau Euler, auf die Geschäftsführung. Zudem sei man ins Risiko gegangen, da keine andere Möglichkeit bestanden habe, das Projekt ansonsten durchzuführen. Zum Stadtteilbezug äußert sie, dass der Verein seit seiner Gründung in der Schwankhalle sitze. Die beteiligten Jugendlichen kommen zudem zu einem großen Anteil aus der Neustadt.

Nach weiterer Debatte über die Förderfähigkeit des Antrages wird darüber abgestimmt, ob der Antrag an den Koordinierungsausschuss zurückverwiesen wird, um hierzu weiter zu beraten.

Beschluss: Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Koordinierungsausschuss verwiesen (4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

c) Antrag Ausspann e.V., Projekt: Teilhabe an der Gesellschaft für Menschen in vulnerablen Lebenslagen in der Neustadt, (Antragsumme: 2.983,40 € (Nr.30/2023))

Nach Vorstellung des Projektes seitens Herrn Dohme verweist die OAL auf das Prüfergebnis seitens des Ortsamtes, wonach der tatsächliche Maßnahmebeginn, der Stadtteilbezug und die Kostenaufstellung in Frage gestellt werden. Herr Dohme widerspricht dieser Stellungnahme und erklärt, einen aktualisierten Antrag beim Ortsamt eingereicht zu haben.

Nach weiterer Diskussion über die Förderfähigkeit wird darüber abgestimmt, ob der Antrag an den Koordinierungsausschuss zurückverwiesen wird, um hierzu weiter zu beraten.

Beschluss: Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Koordinierungsausschuss verwiesen (4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

TOP 9. Berichte von Fachausschussmitgliedern und aktuelles aus den Einrichtungen

-

TOP 10. Berichte des Amtes

-

TOP 11. Verschiedenes

-

Erdem Akkaya
Ausschusssprecher

Uwe Martin
Vorsitz

Fionn Heinemann
Protokoll